

Reto Tschudin

Warum gibt es keinen Baselbieter Bundesrat?

Seite 2

Michel Degen

Nein zum neuen EU-Waffenrecht

Seite 3

Hanspeter Weibel

Landrats- und Regierungsratswahlen: Rückblick

Seite 3

Andi Trüssel

Gesundheitsgefahr durch Windkraftanlagen

Seite 5

Lieber Oskar



Von Dominik Straumann

Anlässlich der heutigen GV gibst Du – leider – Deinen Rücktritt als Parteipräsident der SVP Baselland. Seit 2012 hast Du diese Partei nachhaltig und durchwegs positiv geprägt. Gewählt wurdest Du – einige wissen es noch – anlässlich einer denkwürdigen GV. In diesen 7 Jahren – oder eigentlich sogar seit Du Dich für das Amt beworben hast – hatte ich das Privileg, Dich als Fraktionspräsident begleiten zu dürfen. Also gemeinsam mit Christoph wohl über die längste Zeit aller derzeitigen Parteileitungsmitglieder.

Die Zusammenarbeit zwischen der Fraktion und Dir war stets von hoher Wertschätzung geprägt. Du hast die Zuständigkeiten und Kompetenzen strikt getrennt und mir die Freiheiten in der

Fraktionsführung immer respektvoll belassen. Dies zeigt Deine Grösse als Patron. Ich habe mit Dir unzählige Stunden verbracht oder telefoniert. Du hast Dir immer die Zeit für die SVP Baselland, die Ortssektionen, die Mitglieder und deren Sorgen genommen. Mir war es oft nicht recht, Dich in Deinen Ferien zu kontaktieren, doch passierte das leider immer wieder und in meinen Augen zu oft. Du warst stets anständig, offen, ehrlich und direkt. Ich habe Dich nie wütend oder verletzend oder genervt erlebt. Obwohl es genügend Anlässe, um gereizt oder genervt zu reagieren, gegeben hätte – parteiintern wie -extern.

In der Parteiarbeit waren Dir die gut schweizerischen Werte Ordnung und Verlässlichkeit stets zentrale Anliegen. Du hast für alle wichtigen Parteaufgaben klare Zuständigkeiten und Regeln geschaffen und damit das Fundament gelegt, auf dem die SVP Baselland heute – selbst nach einer Wahlniederlage – stabil in der Welt steht. Generell hast Du in den Gremien nicht zu viel Harmonie gewünscht. Unterschiedliche Ansichten sind für Dich gewinnbringend und hat es immer gebraucht. Du hast die Sachen beim Namen genannt und die Auseinandersetzung nie gescheut. Von Beginn weg hast Du betont, dass Du dereinst Deiner Nachfolgerin oder Deinem Nachfolger eine gut organisierte Partei übergeben möchtest. Du hast Wort gehalten.

Der sorgsame Umgang mit dem der Partei anvertrauten Geld war Dir immer Grundlage aller politischen Arbeit. Keine Abstimmung und kein Wahlkampf wären je angegangen worden, ohne ein klar kalkuliertes Budget, auf dessen Einhaltung Du gemeinsam mit dem Kassier genau geachtet hast. Was die wenigsten wissen: In all den Jahren hast Du für Dich selbst keinen Franken Lohn bezogen oder auch nur Spesen abgerechnet, trotz der unzähligen Anlässe im Kanton und in der ganzen Schweiz, an denen Du die SVP Baselland vertreten hast. Du hast Deinen Einsatz immer als Spende an die Partei und indirekt an die Gesellschaft verstanden.

In der politischen Arbeit hat uns Dein strategischer Verstand und Dein Verhandlungsgeschick immer wieder zu grossen Erfolgen geführt: Als ehemaliger Unternehmer strebst Du immer nach Erfolg und vor allem nach Lösungen. «Zum Verlieren treten wir nicht an, sondern zum Gewinnen», hast Du mehrfach gesagt. Bereits zu Beginn Deiner Amtszeit konnte die SVP Baselland mit Thomas Weber zurück in die Regierung finden und hat sich über die Jahre neben unseren politischen Mitbewerbern als verlässliche, als tragende Kraft für unseren Kanton erwiesen. Die hohe Akzeptanz, die Du über alle Parteien hinweg genießt, kommt nicht von ungefähr. Ganz wesentlich Durch Dich blieb das Baselbiet ein selbstän-

diger Kanton, der nun auch wieder finanziell gesundet dasteht.

Auch in der SVP Schweiz kennt man Dich, als einen Mann, der gerne auch einmal eine andere Meinung vertritt und diese bestimmt, aber auch sachlich zum Ausdruck bringt. Auch dank Dir ist die SVP Baselland mit Sandra Sollberger mittlerweile in der Parteileitung der SVP Schweiz vertreten.

Lieber Oskar, Du warst immer für die SVP da, zuletzt trotz deiner angeschlagenen Gesundheit. Für mich – und ich denke für viele von uns – ist das bei weitem nicht selbstverständlich. Manch ein erfolgreicher Unternehmer verbringt seine Freizeit nach der aktiven Berufskarriere lieber auf dem Golfplatz, beim Segeln oder auf Reisen um die Welt. Wir wünschen uns alle

nichts mehr, als dass Dir und Heidi das eine oder andere davon noch ganz oft möglich sein wird. Du bist ein grossartiger Mensch und ich werde dich in der Politik vermissen. Du warst ein Patron mit Weitsicht und Sozialkompetenz, ein Freund und in gewissen Momenten wie ein Vater. Ich habe viel von Dir gelernt und danke Dir, für die tollen und spannenden Jahre der Zusammenarbeit.

Warum gibt es keinen Baselbieter Bundesrat?



Von Reto Tschudin, Landrat SVP

Emil Johann Frey war von 1891–1897 einziger Baselbieter Bundesrat überhaupt. Weder vor ihm noch nach ihm durfte unser Kanton je ein Mitglied der Schweizer Exekutive stellen. Woran liegt das? Weshalb hatten unsere Bundesparlamentarier und -Parlamentarierinnen bisher so wenig Durchschlagskraft oder was müssen wir als Kanton anders machen, um mehr Gehör in Bundesbern zu erhalten? Der Kanton Basel-Landschaft

gehört als Teil der Nordwestschweiz zu den erfolgreichsten Wirtschaftsregionen der Welt und zu den finanzstärksten Gebieten der Schweiz. Die Arbeitslosenquote ist unter dem bereits tiefen Schweizerischen Durchschnitt und in unserem Kanton wird der wesentliche Teil des schweizweiten Bedarfs an Salz abgebaut. Obwohl es einer der flächenmässig kleineren Kantone ist, liegen wir auf Grund der relativ dichten Besiedelung einwohnermässig auf Rang 10. Auch viele andere kulturelle, wirtschaftliche und demografische Faktoren sprechen fürs Baselbiet und wir alle wissen, dass unser Kanton in Tat und Wahrheit viel besser ist, als er insgesamt wahrgenommen wird. Leider schaffen wir es nicht oder eben zu wenig, die unzähligen Vorteile unseres Kantons hervorzuheben. Vielmehr haben wir Baselbieter und Baselbieterinnen oft die Tendenz, uns schlechter und kleiner zu machen, als wir es eigentlich sind. Die Schweiz nimmt uns als Vorort von Basel wahr oder unterscheidet gar nicht. So heisst es viel zu oft einfach «die von Basel». Genau dort liegt wohl unser Problem. Die restliche Schweiz nimmt

uns zu wenig wahr. Sei es als Reiseziel, sei es als Sportstätte oder eben als politischer Hotspot. Wir müssen uns besser vermarkten und offen über unsere Kompetenzen sprechen. Unsere Nationalrätinnen und Nationalräte sind gefordert, sich für unseren Kanton einzusetzen und der übrigen Schweiz unsere Stärken und Vorteile aufzuzeigen. Denn wenn wir als Kanton einen bleibenden Eindruck hinterlassen, fällt es auch unseren Parlamentariern einfacher, mit stolzer Brust für das höchste Exekutivamt zu kandidieren und sich gegen jene der anderen Kantone zu behaupten. Nach nun über 120 Jahren ist es höchste Zeit, dass unser Kanton einen Bundesrat oder eine Bundesrätin stellen darf und dass so dem wirtschaftlichen und politischen Gewicht unserer Region Rechnung getragen wird. Damit wir alle etwas zu diesem Ziel beitragen können, müssen wir anfangen umzudenken. Wir sind nicht der kleine Bruder der Stadt Basel – nein wir sind der schöne und beeindruckende Kanton Basel-Landschaft und das sollten wir der restlichen Schweiz auch zeigen.

sutter 
planen · messen · umsetzen

Sutter Ingenieur- und Planungsbüro AG
Telefon 061 935 10 20 | info@sutter-ag.ch

Arboldswil | Laufen | Liestal | Nunningen | Reinach

VERKEHR / TIEFBAU
AMTLICHE VERMESSUNG
INGENIEURVERMESSUNG
WASSER / ABWASSER
BEWILLIGUNGEN
RAUMPLANUNG
SPORT / FREIZEIT / GEWERBEBAU
GIS / DATENVERARBEITUNG
STATIK

www.sutter-ag.ch

Nein zum neuen EU-Waffenrecht



Von Michel Degen, Landrat SVP,
Liedertswil-Tschoppenhof

Liebe Leserinnen und Leser

Am 19. Mai steht die Abstimmung zum neuen EU-Waffenrecht an. Damit es dazu kommen konnte, wurden 125'000 Unterschriften für das Referendum gesammelt.

Ausgelöst durch Terroranschläge hat die EU ihr Waffenrecht massiv verschärft. Dies vordergründig mit dem

Versuch ein Sicherheitsgewinn zu erwirken, welches offensichtlich aber bei Terroristen mit illegalen und geschmuggelten Waffen aber kaum Wirkung zeigen wird. Dafür werden die Bürger entwaffnet!

Genau dies droht auch uns, wenn wir das EU-Waffenrecht übernehmen. Insbesondere die Armeewaffen, wie zum Beispiel das Sturmgewehr 90, würden zur verbotenen Waffe! Es wurden zwar Sonderregelungen ausgehandelt, damit zum Beispiel Sportschützen eine Bewilligung erhalten, aber man muss sich bewusst sein, dass man grundsätzlich eben eine verbotene Waffe hat und dass es immer höhere Hürden gibt, damit man eine Waffe besitzen darf. Dadurch wird der Schiesssport, aber auch andere traditionsreiche Bereiche der Schweiz, massiv eingeschränkt. Das eidgenössische Feldschiessen, welches alle Jahre im Frühling durchgeführt wird, zelebriert den verantwortungsvollen Umgang mit der Waffe. Alle Bürgerinnen und Bürger können daran teilnehmen. Viele dieser Teilnehmer, welche noch ihre Armeewaffe haben, aber nicht Mitglied in einem Schützenverein sind, werden somit quasi zum Besitzer einer verbotenen Waffe!

Dieses freiheitsfeindliche EU-Waffenrecht schränkt zwar die Freiheit der Bürger ein, bringt hingegen aber keinen Sicherheitsgewinn. Durch die Verringerung der Waffendichte wird wegen des Dissuasioneffekts sogar der Sicherheit entgegengewirkt! Kriminellen Subjekten wird auch dieses von der Schweiz verschärfte Gesetz keinen Eindruck machen, dafür werden andere Mittel und Wege angewendet. Ebenfalls wird die Bürokratie erhöht, was zusätzliche Kosten vorantreibt. Die Polizei muss sich auch noch vermehrt um Waffen kümmern, welche ursprünglich legale Waffen waren. Die heutige Gesetzgebung und der Umgang mit Waffen im legalen Bereich ist jetzt schon auf einem sehr hohen Niveau. Immer nur wegen des Schengen-Abkommens alles von der EU akzeptieren zu müssen, ist der falsche Weg. Wir wollen uns in unserer Freiheit und unseren Traditionen nicht immer mehr einschränken lassen!

Stehen wir also hinter unserer Freiheit. Stehen wir ein für den Schiesssport auch als Breitensport. Machen wir unsere Bürgerinnen und Bürger nicht zu illegalen Waffenbesitzern.

Deshalb empfehle ich Ihnen ein NEIN zum neuen EU-Waffenrecht.

Landrats- und Regierungsratswahlen: Ein Rückblick



Von Hanspeter Weibel, Landrat SVP
(letzte Amtsperiode 2019-2023)

Ja, es ist nicht von der Hand zu weisen. Die Resultate des Wahlsonntags am 31.3. waren ernüchternd. Mindestens auf den ersten Blick. Sicher kennen wir noch nicht alle Ursachen und Hintergründe. Denen ist im Detail noch nachzugehen. Dennoch können wir heute schon ein paar Schlussfolgerungen ziehen. Es bleibt uns dabei nicht erspart, uns z.T. auch an der eigenen Nase zu nehmen. Was die Regierungsratswahlen betrifft, können wir festhalten, dass drei Trends unseren Kandidaten nicht begünstigt haben. Einerseits haben ihn die Medien konstant mit dem Begriff «Hardliner» versehen. Für SVP-ler mag dies eine Auszeichnung im Sinne von konsequent und gradlinig sein. Aussenstehende se-

hen darin weniger eine Auszeichnung als ein Handicap. Und dann war da die Frage der Konkordanz. Die SP hatte sich durch eigenes Missgeschick vor 4 Jahren aus der Regierung katapultiert. Dies wollten die Wähler korrigieren. Und «Frau» als Qualitätsmerkmal im Rahmen der Genderdiskussion ist ein unbestreitbarer Vorteil, über den unser Kandidat nicht verfügte.

Zu den Landratswahlen gilt es festzuhalten, dass wir vor 4 Jahren sehr viel Proporzglück hatten und uns daraus drei Sitze zufließen. Dass diese gefährdet waren, war uns bewusst. Dieses Mal fiel das Proporzglück anderen zu und wir hatten zudem Proporzpech. Damit muss man mit diesem Wahlsystem leben. Was

uns aber sehr geschadet hat, waren unsere ehemaligen Landräte aus Allschwil, die mit der Gründung einer eigenen Partei der SVP die eigentlich ihr zufallenden Sitze abgestaubt haben. Direkte Folge war, dass in der Wahlregion der 2. Sitz der SVP in Binningen an die CVP ging (nicht an die Grünen und auch nicht an die SP). Der 2. Sitz in Allschwil war – da Proporzglück – in Frage gestellt.

Und dann war da noch das Engagement einiger Landräte. Obwohl wir an zwei Abenden eine grosse Telefonaktion durchgeführt haben (ohne dies an die

grosse Glocke zu hängen), war die aktive Beteiligung einiger Wahlkreise eher bescheiden. Wir hätten uns da mehr erwartet. Dies zeigt sich letztendlich in der Wahlbeteiligung. Es ist uns nicht gelungen, unsere Wähler zu mobilisieren und falls Sie dies jetzt lesen und nicht gewählt haben: Damit haben Sie den Grünen und der SP geholfen. Diese Punkte gilt es für die Nationalratswahlen im Herbst zu beachten. Sollten die Gründe darin liegen, dass Sie nicht wissen, wie wählen, werden wir bei den nächsten Wahlen verstärkt auf Unterstützung bei

der Wahl selbst setzen. Es kann nicht sein, dass wegen Unsicherheiten beim Wahlvorgang nicht gewählt wird.

Was bedeutet das jetzt für uns: Wir sind immer noch eine starke Partei und eine starke Fraktion. Jetzt gilt es, für die nächsten vier Jahre das Beste daraus zu machen, sich zu engagieren und die Wahlen 2023 vorzubereiten. Aber vorher gilt es, die Erkenntnisse für den Nationalratswahlkampf und die Gemeindewahlen im Frühjahr 2020 umzusetzen. Nach den Wahlen ist immer vor den Wahlen.

Abstimmungsempfehlungen vom 19. Mai 2019

Die Empfehlungen wurden am Parteitag vom 26. April 2019 beschlossen!

| Eidgenössische Vorlagen | BL | CH |
|--|------|---------------|
| 1. Bundesgesetz vom 28. September 2018 über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) | JA | Stimmfreigabe |
| 2. Bundesbeschluss vom 28. September 2018 über die Genehmigung und die Umsetzung des Notenaustauschs zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Richtlinie (EU) 2017/853 zur Änderung der EU-Waffenrichtlinie (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands) (BBI 2018 6085) | NEIN | NEIN |
| Kantonale Vorlagen | BL | |
| 3. Formuliert Gesetzesinitiative «Bildungsressourcen gerecht verteilen und für das Wesentliche einsetzen!» vom 22. Juni 2017 | NEIN | |
| 4. Formuliert Gesetzesinitiative «Stopp dem Abbau an öffentlichen Schulen!» vom 22. Juni 2017 | NEIN | |

Gesundheitsgefahr durch die Anwendung überholter Normen und Richtlinien zur Bewertung der Schallimmissionen von modernen Windkraftanlagen.



Andi Trüssel (Bundes Kommissär, Gemeinde- und Landrat SVP)

Wenn das Energiegesetz-2050 vom Volk auch angenommen wurde, ein Persilschein für alles technisch Machbare ist dies sicher nicht. Die Technik hat keinen Vorrang vor der Gesundheit der Bewohner und der Anwohner von Windparks. Das EnG-2050 muss so umgesetzt werden, dass die Bestimmungen des Umweltschutzgesetzes eingehalten werden, sonst ist etwas in Schieflage geraten! Wenn unabhängige Wissenschaftler und Ingenieure sich einig sind, dass die ISO Norm 9613-2 für Industrieanlagen bis 30m Höhe und Distanzen bis 1000m Entfernung, bei max. 5 m/s Wind, richtig angewendet ist, aber bei der Berechnung der Schallimmissionen von modernen WKA mit mehr als 200m Höhe überfordert und untauglich ist, dann stimmt etwas nicht. Untersuchungen in Deutschland haben vor allem bei Entfernungen über 500m grosse Abweichungen der

Messungen von den berechneten Prognosen von bis zu 9 dB aufgezeigt. Daher sind auch die entsprechenden Normen bereits in Überarbeitung.

Befürworter und Behörden reden beschwichtigend immer nur von einer Anlage und «übersehen» dabei gerne, dass bei ganzen Windparks wesentlich höhere Immissionspegel entstehen. Es fehlt offensichtlich an fachlicher Kompetenz. Das neue Energiegesetz EnG kann rasch im Widerspruch zum Umweltschutzgesetz USG stehen. Dieses legt den Schutz der Bevölkerung fest, welche vor übermässigen und unzumutbaren Belastungen zu schützen ist.

Dies zeigt auf, dass man sich beim EnG offensichtlich zu wenig Gedanken über die Auswirkungen und Folgen gemacht hat. Die Bevölkerung und die Anwohner haben Recht auf Schutz, eine neue Technologie hingegen nicht. Sie muss in der Lage sein, sinnvolle und notwendige Grenzwerte einhalten zu können. Sonst ist sie fehl am Platz. In der kleinräumigen und dicht besiedelten Schweiz ist dies der Fall.

Sind etwa die überquellenden Honigtöpfe (Subventionstöpfe, weltweit 100 Milliarden/Jahr) der Grund, der zu solch einem behördlich akzeptierten Handeln führt? Investoren kassieren eine halbe bis ganze Million pro Jahr und Anlage. Wer füttert eigentlich diese Töpfe? Wir, die Energiebezüger mit 2.3 Rp. / bezogene kWh elektr. Energie und 3 Rp. pro Liter Heizöl. Betrachten Sie mal Ihre Stromabrechnung genauer. Von der Gesamtrechnung sind bereits jetzt schon 60% Gebühren und Abgaben und nur 40% für die el. Energie! Ein Ende ist nicht abzusehen.

Haben Sie gewusst, dass wenn Swissgrid günstigeren Strom einkaufen kann, wie zum Bsp. das Flusskraftwerk Birsfelden produziert (ca. 2.5 Rp. kWh), dann stellt Swissgrid die Turbinen in Birsfelden ab und das Wasser fliesst ungenutzt über das Wehr. Das nennt man dann Netzservicedienstleistungen!

Langsam sollte es allen dämmern, wir zahlen mehrfach für nicht durchdachte Gesetze und lassen uns dann noch zu geringe Abstände (WKA zu Siedlungsräumen) aufs Auge drücken. Die Gesundheit der Bürger dieses Landes und unsere Geldbeutel haben das Nachsehen.

Heutige Windkraftanlagen sind mit jenen der Anfänge aus den 90ern nicht mehr zu vergleichen. Wurden damals Anlagen vorwiegend im norddeutschen Flachland gebaut, die maximal 80m hoch waren und über Leistungen bis 250 kW verfügten, werden heute Anlagen mit deutlich über 200m Höhe bei Leistungen bis 7,6 MW errichtet und auch im hügeligen Gelände und in den Bergen gebaut. Technische Normen aus den Anfängen der Windenergie (wie schon erwähnt) sind mittlerweile nach einhelliger Meinung von Experten überholt und unzulänglich, da sie weder die veränderten technischen Dimensionen noch die resultierende gesundheitliche Belastung der Anwohner hinreichend berücksichtigen.

Von tieffrequentem Schall will man von Behördenseite gar nichts oder sehr wenig wissen, obwohl wissenschaftliche und medizinische Untersuchungen diese gesundheitliche Beeinträchtigung vermuten lassen, diese sind jedoch nur sehr schwer nachweisbar.

**Gartenbau
HOFMANN
4147 AESCH**

Tel. 061 753 81 55
Fax 061 753 81 56

info@gartenbau-hofmann.ch



Wir bieten Ihnen

- Schwimmteiche
- Dachgärten
- Projektierungen
- Gartenbau
- Baumschulen
- Natursteinmauern
- Einfriedungen
- Lieferungen sämtlicher Pflanzen
- Macadam- und Steinbeläge
- Gartengestaltung
- Gartenunterhalt
- Umänderungen
- Pflästerungen
- Christbaum Kulturen



www.gartenbau-hofmann.ch



Von Windkraftanlagen wird zweifelsfrei Infraschall und tieffrequenter Schall mit sehr hohen Pegeln und sehr lästigen **Frequenzmustern** emittiert, der sich von Infraschall und tieffrequentem Schall aus anderen Quellen (z.B. Wind, Meeresrauschen, Kraftfahrzeuge) in seiner spektralen Zusammensetzung und Wirkdauer erheblich unterscheidet. Dies gilt insbesondere für die neuen Anlagen der 2 bis 7,6 Megawatt Klasse (150 bis deutlich über 200 Meter hoch).

Moderne Windkraftanlagen emittieren im tieffrequenten Bereich besonders stark bis unterhalb 1 Hz und Wellenlängen von mehreren hundert Metern, welche sich akustisch nicht durch Schallschutzmassnahmen dämpfen lassen. Die bei Nachmessungen angewendeten Schmalbandfilter erfassen dabei einzelne Pegelspitzen nicht und mitteln diese weg, wodurch die lästigen Anteile der Immissionen gar nicht festgestellt werden können.

Weiter sind die **Wechselwirkungen zwischen Körper- und Luftschall sowie Interferenzen und Resonanzen** in den heute angewendeten Normen nicht berücksichtigt.

Die Schallausbreitung wird durch die **überholte Norm unzureichend modelliert, die effektiven Beurteilungspegel werden dadurch markant unterschätzt**. Die Schallimmissionen sind signifikant höher als die berechneten Werte. Diese Unzulänglichkeiten wurden 2015 erneut bestätigt durch Untersuchungen von Engelen und Wenzel sowie Ahaus und Piörr. Der **tieffrequente Bereich wird nicht abgedeckt!** Tieffrequenter Schall dringt auf Grund seiner grossen Wel-

lenlänge nahezu ungehindert in Gebäude und Innenräume ein und kann dort durch Reflexionen und Resonanzen zu verstärkten Schalldruckwerten führen. Im Raum auftretende, unterschiedlich starke Brummgeräusche, Schwebungen und Schwingungen sind die Folge. Nur den **Aussen-Schallpegel zu bewerten, ist folglich nicht ausreichend!**

Fazit:

Die durch die aktuelle Gesetzgebung geregelten Grenzwerte und die daraus folgenden Mindestabstände zu Siedlungsräumen sind für moderne Windkraftanlagen nicht ausreichend. Es sollte kein Unterschied zwischen einzelnen Wohngebäuden und ganzen Siedlungsgebieten gemacht werden. Der derzeitige rechtliche Rahmen für

die Genehmigung und den Betrieb von Windkraftanlagen ist unzureichend und kann den Schutz des Wohlbefindens und der Gesundheit der Anwohner und der Bevölkerung, gemäss USG, nicht gewährleisten.

Scheinbar muss es erst endlose Klagen von betroffenen Anwohnern hageln wie in anderen Ländern auch schon, bevor unsere Behörden zur Einsicht kommen und tätig werden. Um diesem Missstand entgegen zu wirken, wären gesetzliche Mindestabstände von 10- bis 15-facher Anlagenhöhe sehr empfehlenswert. Bei einer Anlagenhöhe von 150m entspricht dies 1500 bis 2250m. Dadurch könnte die Bevölkerung wirksam von den Beeinträchtigungen durch Schallimmissionen von Windkraftanlagen geschützt werden.

Nomination Nationalratswahlen 2019



Von links nach rechts: Dominik Straumann, Caroline Mall, Andreas Spindler, Sandra Sollberger, Thomas de Courten, Jacqueline Wunderer, Reto Tschudin

Termine

19.5.2019 Kantonale und Eidgenössische Abstimmungen Gehen Sie an die Urne und geben Sie Ihre Stimme ab!

25.6.2019 SVP bi de Lüt, Schützenstube GSA Schürfeld, 4147 Aesch
ab 19.30 Uhr

5.9.2019 Parteitag
Hofgut Grosstannen, Grosstannen 44, 4416 Bubendorf
ab 19.30 Uhr

Impressum/Kontakt

Flash ist das Infoblatt der SVP Baselland. Annahmeschluss für Beiträge: jeweils am 20. des Vormonats.
Redaktion: flash@svp-bl.ch, Druck: Schaub Medien AG, Liestal.
Adressänderungen an Geschäftsstelle SVP Baselland, 4410 Liestal, oder per Mail an: info@svp-bl.ch
Telefon 061 421 86 21 / Fax 061 421 86 22 / www.svp-bl.ch

